

Trotz alledem

Lassen wir im politischen Kampf um unsere sozialen Rechte nicht nach

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.

Hinter uns liegt ein durch die objektiv notwendigen Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie geprägtes Jahr mit all seinen Schwierigkeiten und Herausforderungen.

Nicht hoch genug einzuschätzen ist, dass es den Vorständen der TIG unter diesen Bedingungen gelungen ist, die Arbeitsfähigkeit unseres Vereins und den Kontakt zu den Mitgliedern aufrecht zu erhalten. Ein besonderer Dank gilt der Redaktionskommission, den Mitarbeitern der Geschäftsstelle und den vielen engagierten Helfern an der Basis des Vereins, die die Herausgabe und Verteilung des Mitteilungsblattes **ISOR aktuell** unter widrigen Bedingungen kontinuierlich gesichert haben. Damit waren Kommunikation und Information in der ISOR durchgängig und auf dem gewohnten Niveau gewährleistet.

Corona wird uns auch weiter beschäftigen. Voraussichtlich erst im Frühjahr werden wir wissen, ob oder wann eine Rückkehr zur Normalität absehbar ist, in welchem Maße und mit welchen Wirkungen vorbeugend geimpft werden kann und ob die eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, eine neue Welle in den Herbstmonaten auszuschließen.

Deshalb stehen unsere Planungen für das Jahr 2021 unter diesem Vorbehalt.

Im kommenden Juni jährt sich die Gründung der ISOR zum 30. mal. Nach unserer Satzung ist zudem eine Vertreterversammlung vorgesehen, die den Kurs unserer Initiativegemeinschaft für die nächsten vier Jahre zu bestimmen hat. Der Vorstand hat sich dazu entschieden, die feierliche Erinnerung an 30 Jahre ISOR mit der Vorbereitung und der Einberufung der Vertreterversammlung zu verbinden. Ob die für den 14. Juni 2021 vorgesehene Veranstaltung stattfinden kann, werden wir im Frühjahr entscheiden. Sollte uns die Pandemie einen Strich durch die Rechnung machen, wäre die vernünftigste Alternative eine Verschiebung in das Jahr 2022.

Viel wichtiger als der Termin ist aber die inhaltliche Ausrichtung der geplanten Vertreterkonferenz, die über die weitere Zukunft der ISOR zu entscheiden hat. Aus einer TIG wurde angeregt zu überlegen, ob eine geordnete Auflösung der ISOR erfolgen sollte. Der Kampf

um Rentengerechtigkeit, unser satzungsmäßiges Ziel, sei abgeschlossen und unser Verein sollte nicht aus Altersgründen dahinsterven.

Diese Frage ist nicht neu. In einer Mitgliederbefragung vor unserer letzten Vertreterkonferenz hat sich eine deutliche Mehrheit



der Mitglieder für eine Fortsetzung der Vereinstätigkeit entschieden, obwohl nach der Arbeitsverweigerung des Bundesverfassungsgerichtes nur der wenig aussichtsreiche politische Kampf blieb.

Wir haben keine Alternative, den politischen Kampf fortzusetzen. Aber immer wieder müssen wir uns zu Wort melden, auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Das Strafrentensystem war, ist und bleibt Unrecht und die verbleibenden Mitglieder der ISOR waren sich schon aus Gründen der Selbstachtung darin einig, dieses Unrecht nicht zu akzeptieren, immer wieder anzuprangern und zu bekämpfen. So haben wir es auch gehalten. Wir haben den Europäischen Gerichtshof angerufen, Politiker – auf die das Bundesverfassungsgericht seine Verantwortung abgeschoben hatte - mit unseren Forderungen konfrontiert, eine Dokumentation vorgelegt, Zeitungsanzeigen geschaltet und bereiten uns auf den Beschwerdeweg bei der UNO vor. Demnächst werden wir der Bundesregierung ein Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten vorlegen, in dem er überzeugend nachweist, dass bereits das Aufhebungsgesetz der DDR-

Ein Leben ohne Hoffnung
ist wie ein Vogel ohne
Schwingen. Ein Leben ohne
Liebe ist wie ein Himmel
ohne Sterne.

Ernst Thälmann

Volkskammer zum Sonderversorgungssystem des MfS verfassungswidrig war und damit alle folgenden Regelungen, die sich immer wieder darauf bezogen. Bedeutsam ist auch seine Feststellung, dass die Überführung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR in die bundesdeutsche Rentenversicherung ursprünglich vorläufigen Charakter trug. Eine weitere Prüfung ist jedoch in 30 Jahren nicht erfolgt und es wäre an der Zeit das nachzuholen und im Ergebnis ein Versorgungsabschlussgesetz zu verabschieden.

Auf der Grundlage des Gutachtens von Prof. Dr. Dr. Merten zum Aufhebungsgesetz der letzten Volkskammer der DDR und in Übereinstimmung mit der Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft, Landesverband Sachsen, werden wir uns erneut an die Bundesregierung mit geeigneten Vorschlägen wenden. Und das nicht als Petition, sondern als Appell an die politische Vernunft. 30 Jahre deutsche Einheit und die bevorstehende Bundestagswahl wären ein geeigneter Anlass.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte auf dem Festakt zum Tag der Deutschen Einheit 2020 in Potsdam: *„Dazu gehört auch, dass wir offen über Fehler und Ungerechtigkeiten sprechen, auch falschen Mythen, egal auf welcher Seite sie bestehen, entgegenwirken und deshalb dürfen wir Ungerechtigkeiten nicht einfach hinnehmen, deshalb darf Ignoranz keine Haltung sein. Arbeiten wir weiter für Verbesserungen, beseitigen wir Missstände, wo sie noch bestehen, hören wir uns gegenseitig zu, lernen wir voneinander – egal ob im Osten oder Westen, im Norden oder Süden unseres Landes! Das ist die Aufgabe heute.“*

Da eröffnet sich für ihn und die Bundesregierung ein weites Aufgabenfeld. Der Runde Tisch Leipzig/Dresden, der 500.000 von Rentenunrecht betroffene DDR-Bürger vertritt, hat sich in einem offenen Brief an ihn und die Bundesregierung gewandt und eine angemessene, der Lebensleistung entsprechende Regelung, konkret eine einmalige Entschädigungszahlung von durchschnittlich 20.000 Euro, eingefordert.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales räumte Fehler bei der Rentenüberleitung ein. Das ist schon anerkennenswert. Seine Vorschläge, wie das Problem gelöst werden soll, sind jedoch inakzeptabel. Wir werden das mit den Zusatzversorgten gemeinsam angehen.

Bundespräsident und Bundesregierung könnten auch über die Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung der ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS nachdenken, die durch die Verlängerung des „Stasi-Unterlagen-Gesetzes“ auf nunmehr 40 Jahre mit einer Art Ewigkeitsgarantie versehen wurde, obwohl die verteufelte „DDR-Diktatur“, für die die ehemaligen Angehörigen des MfS büßen, kein „Stasi“-Staat, sondern ein SED-Staat war;

die Mitarbeiter des MfS maßgeblich, wie alle anderen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR auch, zum friedlichen Verlauf des politischen Umsturzes 1989/90 in der DDR beigetragen haben,

die staatliche Ordnung nach 1990 weder angegriffen noch gefährdet haben,

und - wie der letzte Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel zutreffend eingeschätzt hat - juristisch rehabilitiert sind. Nur zwei hauptamtliche und zwei inoffizielle Mitarbeiter wurden wegen ihrer Tätigkeit für das MfS nach 1990 zu Haftstrafen verurteilt. (Ausnahme: DDR-Kundschafter im Westen)

Die Auflösung der Gauck-Behörde und die Überführung der Akten in das Bundesarchiv im Sommer 2021 wird an der Dämonisierung des MfS nichts ändern, ist sie doch nur Mittel zum eigentlichen Zweck, den Sozialismus aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben. Auch sonst ändert sich nur das Türschild, der Zugang zu den Akten wird sogar erleichtert und selbst das Puzzle-Spiel mit zerrissenen Unterlagen wird fortgesetzt und sicher erst beendet, wenn auch das 900. Exemplar eines Fachschulungsmaterials und der letzte unbenutzte Bogen von Essenmarken wieder „rekonstruiert“ sind.

Ich halte es für falsch, die Arbeit der ISOR auf den Kampf für Rentengerechtigkeit zu reduzieren. ISOR hat sich in 30 Jahren als eine Gemeinschaft Gleichgesinnter entwickelt, in der jenseits des von Politik und Medien verordneten Geschichtsbildes sozialistische Ideen und Antifaschismus, ein Bekenntnis zur DDR-Vergangenheit und vor allem die Ablehnung von Kriegshetze, Russophobie

und Rassismus fest verankert sind. Solidarität untereinander und mit befreundeten Organisationen und politischen Kräften, Teilnahme an politischen Aktivitäten, Veranstaltungen und Aktionen mit den Schwerpunkten des Kampfes für Frieden und Abrüstung sind wichtiger Teil unserer Vereinsarbeit. Als mitglieder- und finanzstarker Verein ist ISOR eine wichtige Stütze im Verbund der im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden vereinigten Organisationen. Viele Veranstaltungen werden gemeinsam mit der GRH, der GBM oder dem Rotfuchs-Verein organisiert und gestaltet.

Natürlich werden die Mitglieder der ISOR immer älter und dabei auch nicht gesünder werden. Trotzdem ist es uns gelungen, in vielen TIG die Vorstände zu verjüngen und der Kampfgeist vieler Älterer, die unter dem Motto: „wer rastet, der rostet“ anspruchsvolle Aufgaben schultern, ist ungebrochen. Wo in kleineren TIG Vorstandsfunktionen nicht mehr besetzt werden konnten, wurde die Betreuung der Mitglieder durch die Geschäftsstelle übernommen. Als Einzelmitglieder sind sie damit wenigstens informell angeschlossen und unterstützt durch Beitragszahlung solidarisch die Vereinsaktivitäten insgesamt.

Zusammenzuhalten und nicht Auseinanderzulaufen ist auch ein Gebot in den unsicheren politischen Zeiten, in denen wir uns befinden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Einlösung der Rechnung für die Unsummen an Schulden, die Bundesregierung und EU zur Milderung der Pandemie-Schäden aufgenommen haben, zu harten sozialen Verteilungskämpfen führen werden. Von Corona überdeckt, zeichnet sich eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ab. Eine Vermögensabgabe für die Superreichen hat die Bundeskanzlerin jüngst abgelehnt und die Vermögenssteuer bleibt weiter ausgesetzt. Wer also soll am Ende die Zeche zahlen, die vermutlich erst nach den nächsten Bundestagswahlen präsentiert wird?

Noch nie nach 1990 war der Frieden so bedroht wie heute. Über einen begrenzten Einsatz von Atomwaffen und die deutsche

Teilhabe wird wieder laut nachgedacht, trotz pandemischer Belastungen wird die Aufrüstung forciert, Russland und China werden zunehmend als Feindstaaten behandelt und mit feindseliger Propaganda überzogen.

Dazu kommen die immer sichtbarereren Folgen des Klimawandels bei gleichzeitiger Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zu einer wirksamen Reaktion.

Am 9.12.2020 hat das Bundessozialgericht entgegen den vorherigen Entscheidungen von fünf Landessozialgerichten und eines von zwei Senaten des Landessozialgerichtes Sachsen die Anerkennung des Verpflegungsgeldes von Volkspolizisten als Arbeitsentgelt (und damit als rentenwirksame Leistung) abgelehnt. Nach Vorliegen des schriftlichen Urteils, mit dem im Februar 2021 gerechnet wird, werden wir uns damit ausführlich befassen und darüber auch in „ISOR aktuell“ berichten. Bedeutsam ist dieses Urteil vor allem für die Volkspolizisten, die bisher keinen Rentenbescheid besitzen, der ihnen das Verpflegungsgeld zuspricht. In der gleichen Lage befinden sich die ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums des Inneren und seiner nachgeordneten Organe, der Zollverwaltung und der NVA, deren Ansprüche aus Zulagen und Zuschlägen damit auch abgeschmettert wurden. Wie die Rentenversicherungsträger weiter verfahren, muss noch analysiert werden. Anzunehmen ist jedoch, dass erteilte Rentenbescheide gültig bleiben.

Wieder einmal haben mit der Lebenswirklichkeit der DDR nicht vertraute Bundesrichter arrogant und ignorant gegen DDR-Bürger entschieden. Der ganze Vorgang zeigt erneut, wie kompliziert unser Kampf für soziale Rechte gegen ein uns feindlich gegenüberstehendes Staats- und Rechtssystem ist.

Auch wenn es uns zunehmend schwerer fällt, werden wir unseren Kampf und unseren solidarischen Zusammenhalt deshalb nicht aufgeben. Achtet auf Eure Gesundheit und die des Kameraden neben Euch.

Zur Solidarität sind wir nie zu schwach.

Trotz alledem!

Ehrenmitglieder ernannt

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt:

**Lothar Luck, TIG Schmalkalden/
Bad Salzungen**

und

**Fritz Witzmann,
TIG Arnstadt/Ichtershausen.**

Beide haben als langjährige Vorsitzende ihrer TIG mit großem persönlichem Einsatz die Arbeit der ISOR in ihrem Territorium organisiert, den Zusammenhalt der Mitglieder gesichert und ihre Interessen erfolgreich vertreten. Beson-

ders ihnen ist es zu verdanken, dass ihre TIG zur politischen Heimat der Mitglieder geworden sind und sich auch weiter stabil entwickeln.

*

Russland im Fadenkreuz

Mit dem Beginn des neuen Jahres 2021 stehen die deutsch-russischen Beziehungen an einem Tiefpunkt, der mit „weiter so wie bisher“ nicht zu verantworten wäre. Was ist geschehen, dass sich diese Veränderung in den zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation so zum Negativen entwickeln konnten? Das vergangene Jahr stand zu seinem Beginn ganz im Zeichen des zu erwartenden 75. Jahrestages der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus und des Sieges der Alliierten über den deutschen Faschismus. Für die russische Bevölkerung sind diese Ereignisse tief verwurzelte Traditionen und haben die „russische Seele“ geprägt. Der Wunsch nach Frieden und guter Nachbarschaft, sind nicht nur Wünsche der Völker Russlands, sondern auch aller Menschen in Europa, zu denen auch wir in der Bundesrepublik Deutschland zählen.

Mit dem im Frühjahr 2020 gestarteten NATO-Manöver „Defender 2020“, den Versuchen, den Nichtangriffspakt zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion, umzuinterpretieren, die weitere Eskalation der Sanktionspolitik seitens der EU und insbesondere die der BRD, gepaart mit der Causa Nawalny, führten zu einem Stillstand in den außenpolitischen Beziehungen seitens der BRD mit der Russischen Föderation. Eine weitere Verschärfung der Gesamtsituation ergab sich aus dem zum Stillstand gekommenen Pipeline-Projekt „Nord-Stream 2“ und den immer wieder betonten Haltungen von Politikern und Politikerinnen der Bundesregierung, mit Russland könne man nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. Hier tat sich ganz besonders die CDU-Vorsitzende Annegret-Kramp-Karrenbauer hervor, assistiert von Bundesaußenminister Heiko Maas.

Zurzeit scheint alles erlaubt zu sein, wenn es darum geht, die Russische Föderation und ihren Präsidenten international zu diskreditieren. Die Rolle der Mainstreammedien soll hier auch genannt werden, da sie in der Vermittlung der russophoben Stimmungen und Meinungen eine entscheidende Rolle spielen. Die dabei genutzten Möglichkeiten seitens der westlichen „Wertegemeinschaft“ sind beachtlich. Wenn der russische Außenminister Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz darüber spricht: „Na gut, wenn es das ist, was sie wollen.“ und an anderer Stelle formuliert: „Die Ermittlungen im Fall Nawalny sind eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes.“, dann spricht aus ihm nicht Resignation, sondern das Unvermögen und der fehlende Wille in der westlichen Welt, sich auf der Basis des geltenden Völkerrechts zu verständigen. Präsident Putin setzte in seiner im Dezember 2020 abgehaltenen Jahrespressekonferenz in Moskau noch einen drauf, als er

einem britischen Journalisten nach seiner Frage die spontane Aussage entgegenhielt: „Glauben sie, wir Russen sind alle Idioten?“

Der Zufall im Leben will es so, dass sich in dieser Situation, am 22. Juni dieses Jahres der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion zum 80. Mal jährt

Haltung des Präsidenten zu verdanken, dass sich die Russische Föderation nach der Jelzin-Ära wirtschaftlich konsolidieren und stabilisieren konnte. So sind in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen worden, das Leben der Menschen wieder in den Fokus der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen.



Stalingrad/Wolgograd

Natürlich hat auch die Russische Föderation mit der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen und die gesellschaftliche Entwicklung zu kämpfen. Die heutige Föderation ist nicht mehr die Sowjetunion, die viele von uns noch gut kennen. Es ist eine kapitalistische Gesellschaftsstruktur entstanden, welche noch mit vielen Verwerfungen aus der „Jelzinzeit“ belastet ist. Stichwort Oligarchen. Für viele Westeuropäer sind die Haltungen der Menschen in der Russischen Föderation ein Rätsel oder unverständlich. Die tief verwurzelte Liebe zur Heimat und die Bereitschaft, für die Heimat auch alles zu geben, hat sich mit der Auflösung der Sowjetunion nicht aus den Köpfen der Menschen verabschiedet. Trotz vorhandener Armut und hoher Arbeitslosenzahlen engagieren sich mehrheitlich die Menschen für ihr Land und für die Erhaltung des Friedens. Dabei darf man nicht übersehen, dass es auch in der Russischen Föderation Menschen gibt, die sich von der Glitzerwelt des Kapitalismus und seinen Verheißungen beeindruckt zeigen. Hier ist es sicherlich auch dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu danken, mit seiner Amtsführung den Menschen wieder Halt gegeben zu haben. Es ist auch der

Die Russische Föderation betreibt eine auf die Erhaltung des Weltfriedens ausgerichtete Außenpolitik und ist in diesem Sinne international aktiv. Sie ist sich der Bedeutung einer auf die Erhaltung des Friedens ausgerichteten Zusammenarbeit und völkerverbindenden Solidarität bewusst. Ihr gebührt der Respekt, dass sie in vielen Regionen der Welt in friedenspolitischer Mission aktiv ist.

Selbst bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass die Russische Föderation Potenzen entwickeln und entfalten kann, die manchen Vertreter der westlichen Welt sprachlos werden lässt. Dass sie als erstes Land einen Impfstoff gegen das Virus zum Einsatz bringen konnte zeigt, über welche Potenzen das Land aus der Grundlagenforschung der Sowjetunion verfügt. Drücken wir den Völkern der Russischen Föderation die Daumen, bei den noch zu lösenden gesellschaftlichen Problemen in ihrem Land und versichern wir ihnen dabei unserer Solidarität.

Eugen Neuber
Stellv. Vorsitzender des Vereins „Berliner
Freunde der Völker Russlands e.V.“

Für eine Verständigung mit Russland

Der Aufruf „Für Verständigung mit Russland!“ des Arbeitskreises 8. Mai des BDWO (Bund Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V.) reiht sich in die Bemühungen ein, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation wieder auf ein akzeptables Niveau zu heben. Das OKV schließt sich diesem Aufruf an, der bereits am 3. Dezember 2020 dem Botschafter der Russischen Föderation übergeben worden ist.

In diesen Zusammenhang informieren wir auch darüber, dass unser ISOR-Mitglied Rainer Rupp im Gespräch mit RT-deutsch zu einem kurzfristigen Spendenaufruf für die noch lebenden 75 Veteranen der Roten Armee des Großen Vaterländischen Krieges aufgerufen hatte. Dieser fand eine große Resonanz und konnte mit der beachtlichen Summe von 40.000 Euro abgeschlossen werden. Auf einer öffentlichen Veranstaltung des OKV am 5. Januar 2021 wurde das gespendete Geld an den Botschafter der Russischen Föderation übergeben.

*



Der vollständige Text ist auf unserer Internet-Seite unter „Aktuelles“ abrufbar

Die Oder-Neiße-Friedensgrenze 20 Jahre vor dem Kniefall in Warschau

Ein ergänzter Leserbrief von Wolfgang Kroschel an die „jungeWelt“ vom 12./13. Dezember 2020

Ach ja, der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 in Warschau. Wohl kaum eine Zeitung versäumte es, das Bild des herabgelassenen Kanzlers abzudrucken. Reinhard Lauterbach kommentiert in der „jungenWelt“ am 5./6. Dezember gründlich im Sinne des objektiven Verlaufs der Geschichte in jenen Jahren. Und trotzdem...

Am 6. Juli 1950, also 20 Jahre vor dem „Kniefall“, unterzeichneten die Ministerpräsidenten Volkspolens und der DDR das Abkommen über die Oder-Neiße-Friedensgrenze in Görlitz an der Neiße.

Das fand auch in Teilen der DDR-Bevölkerung nicht nur Beifall und löste in Kreisen der Umsiedler heftige Diskussionen aus. Diesen musste die DDR-Regierung intensiv begegnen. Und schließlich war es im Kniefall-Jahr soweit, dass an Oder und Neiße ein pass- und visafreier Reiseverkehr möglich wurde, weil sich das Verhältnis zwischen den Nachbarn gründlich gewandelt hatte. Ich wohne seit sieben Jahrzehnten 20 km von der Grenze entfernt und kenne deshalb dessen Höhen und Tiefen in dem Gebiet.

Ebenfalls zwischen 1950 und 1970 hatte die DDR die durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges auferlegten Reparationen auch an Polen bezahlt, von denen sich die Bundesrepublik qua Parlamentsbeschluss unvornehm zurückgehalten hatte, weil Polen als „kommunistisch“ galt und



Illustrierte Geschichte der DDR. Dietz Verlag Berlin 1988

es nicht gelungen war, diese Grenze im Potsdamer Abkommen entlang der Grätzer Neiße zu ziehen, was den sowjetischen Einfluss im Gebiet Breslau/Schlesien bis zur Görlitzer Neiße ermöglichte. Zudem war das auch in den Folgejahren von den „schlesischen Revanchisten“ ein Tränen-Thema, das aber vergessen machen wollte, dass es die Rote Armee war, die auch dieses Gebiet gemeinsam mit der 1. Polnischen Armee von den deutschen Faschisten befreite.

Was wusste man denn zwischen Rhein und Elbe über das Verhältnis der Menschen rechts und links der Oder, dass jetzt so getan wird, der Westen habe sich in seiner unerforschlichen Güte Polen zuge-

wandt? Deshalb betrachte ich das erwähnte Bild bei allem Respekt vor der antifaschistischen Vergangenheit Willy Brandts zwiespältig.

Auch in dem Zusammenhang, weil es üblich geworden ist, die Geschichte nur durch das Monokel der Deutungshoheit westlicher Erklärer zu betrachten.

Auch das noch zum bildhaften Kniefall vor 50 Jahren. Ich habe in meiner Zeitung kein Bild von der Unterzeichnung des genannten Grenzvertrages vor 70 Jahren gefunden. War die Sache so bedeutungslos?

*

Belgische und deutsche Antifaschisten fordern Stopp von SS-Pensionen für belgische Kollaborateure

Anlässlich des 75. Jahrestages der Eröffnung des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses fordern belgische und deutsche Antifaschisten in einer Erklärung, keine SS-Pensionen mehr an belgische Kollaborateure auszuzahlen. RT Deutsch bringt die Erklärung im Wortlaut.

Die Erklärung wurde von der "Groupe Mémoire – Groep Herinnering" (GM-GH) gemeinsam mit der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) aus Deutschland und der "Fédération Internationale des Résistants (FIR) – Association Antifasciste", der Dachorganisation der Veteranenverbände und antifaschistischer Organisationen in Europa, aufgesetzt: 75 Jahre nach der Eröffnung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses fordern wir: Stoppt die Auszahlung von SS-Pensionen an belgische Kollaborateure

Es ist ein Jahrzehntelanger Skandal, dass die Bundesrepublik Deutschland an militärische Kollaborateure des NS-Regimes, an die Freiwilligen der SS-Verbände, an Freiwillige von Wehrmachtsverbänden, die zumeist an der Ostfront und auf dem Balkan eingesetzt wurden, Renten wegen Militärdienstes in den deutschen Streitkräften zahlt.

Auch wenn die Zahl der Rentenempfänger aus biologischen Gründen am Schwinden ist, bleibt es ein politischer Skandal, dass keine deutsche Bundesregierung bis heute die Rente für Kollaborateure infrage gestellt hat. Man war sich der politischen Brisanz solcher Zahlungen bewusst. So versteckte sich jede deutsche Regierung bis heute hinter formellen rechtlichen Argumenten, um den Nachbarländern keine Informationen zukommen lassen zu müssen.

75 Jahre nach der Befreiung können und wollen wir diese Hinhaltetaktik nicht mehr akzeptieren. Wir erinnern daran: Vor 75 Jahren verurteilte das Nürnberger Hauptkriegsverbre-

chertribunal nicht nur die verantwortlichen Täter, sondern auch faschistische Organisationen als kriminelle Vereinigungen. Dazu gehörte die SS mit allen ihren Untergliederungen – und damit auch die Waffen-SS.

Dennoch erhalten Angehörige der SS-Verbände und ihre Kollaborateure Renten für Militärdienst. Verurteilten Kriegsverbrechern wurden sogar Haftstrafen als Dienstjahre für Deutschland angerechnet, was zur Rentenerhöhung beitrug. Laut unseren Informationen wurden solche Berechnungen auch gegenüber in Belgien verurteilten Kollaborateuren angewandt. Da militärische Kollaborateure 1941 von Hitler die Chance bekamen, die deutsche Nationalität anzunehmen, erklärt sich die deutsche Regierung für nicht zuständig, Informationen über ihre "Landsleute" an eine "fremde Macht" – in diesem Fall Belgien – weiterzugeben.

Schon am 14. März 2019 hat die belgische Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, "dass der Bezug von Renten für die Kollaboration mit einem der mörderischsten Regime der Geschichte im Widerspruch zur Erinnerungsarbeit und zum Friedensprojekt der europäischen Einigung steht und den guten bilateralen Beziehungen zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland abträglich ist". Die Abgeordneten forderten die belgische Regierung dazu auf, "die deutsche Bundesregierung zu ersuchen, die Rentenzahlungen an belgische Kollaborateure einzustellen". Sie sprachen zudem die erhebliche Differenz zwischen der Entschädigung von Opfern des NS-Regimes sowie Leistungen an belgische Kollaborateure an.

Das belgische Parlament regte an, gemeinsam mit dem Bund sowie dem Land Nordrhein-Westfalen eine wissenschaftliche Kommission einzusetzen, die die Zeit der Okkupation und die Kollaboration untersuchen soll. Diese Entschlie-

Bung ging auf das langjährige Engagement der "Groupe Mémoire – Groep Herinnering" (GM-GH) zurück. Heute fordert die GM-GH aus Belgien gemeinsam mit der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) aus Deutschland und der "Fédération Internationale des Résistants (FIR) – endlich diesen Forderungen der belgischen Parlamentarier nachzukommen und die Zahlung von SS-Pensionen einzustellen.

Diese Forderungen sind aktuell, wie ein Antrag der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag zeigt. Er enthält die gleichen Forderungen wie die belgische Resolution. Wir begrüßen auch die neuen parlamentarischen Initiativen in der belgischen Abgeordnetenkammer zur Realisierung der 2019 verabschiedeten Resolution.

(Quelle com2cd6)

Auch das noch

Generalleutnant Kleinjung, langjähriger Leiter der Hauptabteilung I des MfS, Internationalist im spanischen Bürgerkrieg, Partisan in Belarus und beteiligt an der Ausschaltung des „Henkers des belarussischen Volkes“ Generalkommissar Wilhelm Kube, sowie an dem „größten Täuschungsmanöver gegen die faschistische Wehrmacht“, als einziger Deutscher während des Großen Vaterländischen Krieges im Kreml mit einem hohen sowjetischen Orden ausgezeichnet, verlor mit der Installierung des deutschen Rechtsstaates ab 1990 in Ostdeutschland „natürlich“ seine VVN-Rente.

Die Republik Spanien verlieh ihm hingegen im Jahre 1996 die Ehrenbürgerschaft.

w.k.

Aus der Postmappe

Gedanken zum Jahreswechsel

In diesen Zeiten ist der Jahreswechsel 2020-2021 bei allen anders verlaufen als sonst üblich.

Die Pandemie hat aber auch gezeigt, dass in allen zivilen Bereichen das Geld fehlt. Wie zum Beispiel bei Kitas, Schulen, Gesundheit und vor allem in der Alterssicherung.

Trotz dieser auch von einem Laien erkennbaren Not in allen gesellschaftlichen Bereichen plant die Bundesregierung die Ausgabe von Milliarden für Rüstung und Militär. Für eine

Schule gibt's kein Geld, aber für einen Panzer reicht es immer.

Der Rüstungshaushalt der BRD soll in den nächsten Jahren in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden. Damit würden die deutschen Rüstungsausgaben in etwa die Höhe von Russland erreichen. Der Bevölkerung wird diese Entwicklung mit der dummen und unsinnigen Erklärung suggeriert, dass wir uns gegen Russland „verteidigen“ müssen. Das ist Kriegspropaganda. Von Russland droht keine militärische Gefahr.

Rüstung und Kriege verschwenden Unsummen, die in unserem Land dringend für anderes

gebraucht werden. Politisches Umdenken ist hier dringend nötig. Hunger, Armut und Fluchtursachen werden nie mit Panzer und Bomben beseitigt.

Nur eine Politik der internationalen Zusammenarbeit, ohne Boykott und Sanktionen kann hier langfristig zum Erfolg führen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2021 wünscht Euch

Wilfried Steinfath, Berlin-Hohenschönhausen

*

Guten Tag, an die ISOR- Kämpfer,

Als regelmäßiger Leser des ISOR-Mitteilungsblattes möchte ich mich gern zum Artikel Heft 12/20 äußern. (Rentenbearbeitungszeit in der BRD)

Beim Lesen dieses Artikels, stieg mir die Zornesröte ins Gesicht, weil ich las, dass eine ehemalige KZ-Aufseherin schnell und unkompliziert noch eine hohe Entschädigung erhielt und das ist sicherlich nur ein Beispiel. Zum Gegensatz kämpfen die ISOR-Mitglieder und

sicherlich viele Anhänger heute noch um die Rentengerechtigkeit.

Allein eine Mitteilung aus der Sächsischen Zeitung, Ausgabe Dresden vom 10.12.20, zeigt die Ungerechtigkeit und das Desinteresse der Bundesregierung beim Antrag der DDR Volkspolizisten zur Rentenaufstockung aufgrund erhaltener Zusatzvergütungen, wie z.B. Verpflegungsgeld und Bekleidungsgeld. So lehnte das Kasseler Gericht, wie im Artikel erwähnt, den Antrag ab.

Das zeigt das nach wie vor, dass die Bundesregierung keinerlei Interesse zeigt, hier etwas zu verändern. Eine Ausnahme sind die Linken, aber dafür reichen die Stimmen nicht.

Kämpft weiter, wenn auch der letzte Strohalm immer kürzer wird.

**Mit freundlichen Grüßen Siegfried Tietz,
Altenberg /Sachsen ehemaliger MA
der DDR Zollverwaltung.**

*

**Die Redaktion von Isor aktuell dankt herzlich für die Glückwünsche zu Weihnachten und zum Jahreswechsel.
Auch wir wollen mit Gesundheit und Optimismus zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft beitragen.**

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband veröffentlichte den „Armutbericht“ für das Jahr 2020.

Auf 56 Seiten gliedert er Armutsverhältnisse nach territorialen und sozialen Gesichtspunkten auf.

Wir veröffentlichen auszugsweise die Passage über die Entwicklung der Renten.

Der gesamte Bericht ist unter www.der-paritaetische.de/armutsbericht einsehbar.

Mit 15,9 Prozent hat die Armutsquote in Deutschland einen historischen Wert erreicht. Es ist die größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung. Über 13 Millionen Menschen sind betroffen. Machte der letzte Paritätische Armutsbericht noch Hoffnung auf fallende Zahlen, so zeigt die aktuelle Auswertung wieder einen klaren Aufwärtstrend, beginnend am Tiefpunkt im Jahr 2006 mit 14,0 Prozent bis hin zum aktuellen traurigen Spitzenwert. Es ist ein Anstieg um fast zwei Prozentpunkte bzw. fast 14 Prozent.

Auch der in den letzten Jahren erfreuliche Rückgang der Einkommensarmut in Ostdeutschland scheint erst einmal gestoppt. Sie stieg im vergangenen Jahr von 17,5 auf 17,9 Prozent.

Der Wiederanstieg der Armut im Jahr 2019 erfolgte in Deutschland praktisch flächendeckend. Elf der 16 Bundesländer waren betroffen, dabei so bevölkerungsstarke wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen.

Den schlechtesten Wert zeigt, weit abgeschlagen, Bremen, wo mittlerweile jeder Vierte zu den Armen gezählt werden muss, gefolgt von Sach-

sen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Nordrhein-Westfalen mit Quoten zwischen 18,5 und 19,5 Prozent. Am anderen Ende zeigen Bayern und Baden- Württemberg mit 11,9 und 12,3 Prozent mit Abstand die „besten“ Werte.

Das problematischste Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen. Nicht nur, dass es deutlich überproportional von Armut betroffen ist und zu den fünf Ländern mit der höchsten Armutsdichte zählt. Hinzu kommt die Dynamik: Seit Einsetzen des langfristigen Aufwärtstrends im Jahr 2006 ist die Armutsquote in Nordrhein-Westfalen zweieinhalbmal so schnell gewachsen wie die gesamtdeutsche Quote. Armutstreiber in Nordrhein-Westfalen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. Das größte Ballungsgebiet Deutschlands muss damit zweifellos als Problemregion Nummer 1 gelten.

Internet: www.der-paritaetische.de/armutsbericht

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Ulrich Schneider

*

Lesenswert**Horst Schumann**

Der Militärgeschichte der DDR

Verlag tredition 2020, 236 Seiten, 19,50 Euro, ISBN 978-3-347-15836-8

Der Schutz der bewaffneten Kräfte eines Staates vor Spionage, Sabotage und innerer Zersetzung gehörte stets zu den wichtigsten Aufgaben der Geheimdienste. In der DDR oblag dieser Schutz vor allem der Hauptabteilung I. Sie war in allen Bereichen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen präsent. Die Mitarbeiter

der HA I zeichneten sich insbesondere durch eine verantwortungsvolle tägliche Kleinarbeit aus. Diese trug dazu bei, dass es in den 40 Jahren des Bestehens der DDR keine spektakulären Ereignisse gab, über die es zu berichten gibt. Keine andere Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit war so fest und direkt mit ihrem Arbeitsgegenstand verbunden, wie die HA I. Mit der Darstellung ihrer Gründung, ihrer Struktur, ihrer Arbeitsweise und ihrer Aufgabenstellung wird ein bedeutsamer Teil der Geheimdienstarbeit in der DDR offen gelegt. Die Darlegungen zum militärischen Geheimdienst

der Bundesrepublik Deutschland – dem MAD – machen die Unterschiede deutlich.

Thomas Caden

Daniela Dahn, Rainer Mausfeld

„TAM TAM UND TABU“

Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung
Westendverlag, 230 Seiten, 18 Euro,
ISBN 978-3-86489-313-1

Die bekannte Schriftstellerin Daniela Dahn und der kritische Analytiker Prof. Dr. Rainer Maus-

feld von der Universität Kiel äußern sich zum kapitalistischen System in der BRD, entlarven die Ursachen seiner Gebrechen und begründen die Notwendigkeit des Systemwechsels.

Hier einige Beispiele für konkrete Aussagen: Die DDR-Menschen wurden 1989/90 mit „Freiheitsmurmeln“ abgespeist. Im „Falschwörterbuch“ nimmt die „Treuhand“ einen besonderen Platz ein. Mit der „Markttheologie“ und raffiniertes Massenpsychologie wurden die Wähler eingefangen. Kapitalistische „Demokratie“ ist keine Demokratie. Kapitalismuskritiker werden als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Die US-NATO ist die Schutzarmee des Kapitalismus und der größte Umweltverschmutzer der Erde. Durch Umweltverschmutzung (Luft, Wasser, Boden) sterben jährlich sieben Millionen Menschen, darunter 37 000 in der BRD. Widerstand ist nötig!

Horst Jäkel

*

Horst Jäkel (Hrsg.)

DDR – unser Erbe

Medienpunkt Potsdam 2020, 480 Seiten, 19 Euro

ISBN 978-3-00-066688-9,

50 Autoren berichten als Verwalter des Erbes der DDR in vielseitigen Episoden über ihre Kinder- und Jugendzeit, ihr Studium, Familienleben, Freizeitaktivitäten auf MIFA-Fahrrädern und Segelbooten sowie ihre internationalen Beziehungen. Es wird über Kriseneinsätze, Truppenstärke und „Schwarzkünstler“ in der NVA berichtet, über elektronische Datenverarbeitung in der Forstwirtschaft, über die Lkw-Produktion in Ludwigsfelde, über Heimatforscher mit dem Spaten u.a.

Die sachlichen oder emotional gefärbten, auch oft humorvollen Darlegungen werden durch viele Fotos, durch Dokumente, Grafiken und Zitate und Lebensweisheiten veranschaulicht und bereichert.

„DDR–unser Erbe“ ist das 14. Zeitzeugenbuch, in dem zu erfahren ist, wer die vielen in der DDR waren, die sich mit ihrer ganzen Kraft, mit viel Begeisterung und Elan für den Aufbau einer besseren, sozialen und friedlichen Gesellschaft in Deutschland eingesetzt haben.

W.S.

*

Florian Heyden

Walter Ulbricht. Mein Urgroßvater

edition ost Berlin 2020, 352 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-360-01893-9,

Sieben Jahre lang hat der heute in Genf lebende Autor und Urenkel das Leben Walter Ulbrichts in der Zeit zwischen 1893 und 1945 erforscht. Mit zum Teil unbekanntem Fakten, die er im Ergebnis bemerkenswert gründlicher Recherchen in deutschen, russischen, amerikanischen und britischen Archiven fand, zeichnet er ein differenziertes Bild seines Großvaters.

Er verknüpft dessen persönliches mit dem politischen Schicksal, verbindet Persönliches mit der Parteihistorie und entwirft im weitesten Sinne ein Sittengemälde der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, bei dem sich viele Analogien zur heutigen Zeit geradezu aufdrängen. Warmherzig berichtet er über einen Mann, der drei Frauen, zwei Kinder und vier Enkel hatte.

W.S.

Zwischenruf

»Dieses neo-liberale Gequatsche geht mir auf die Nerven«

Im ntv-Rückblick auf das Corona-Jahr 2020 mit Gregor Gysi und Harald Schmidt sagt Gregor Gysi: „Dieses ganze neo-liberale Gequatsche geht mir ziemlich auf die Nerven: Jedes Krankenhaus muss sich rechnen. Nee, ein Krankenhaus muss für Gesundheit sorgen. Wir müssen auch mal wieder andere Maßstäbe setzen.“

(„Newsletter“ der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Ausgabe 418, 23. Dezember 2020)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.12.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.01.2021

Einstellung im Internet: 05.02.2021

Auslieferung: 10.02.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16